Abend-Ausgabe

Preis für Berlin 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. — Sie bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, ferner in der Sonntags-Nummer eine illustrierte Beilage mit Bildern aus der Zeitgeschichte und in der Montags-Nummer eine Modenbeilage in Buntdruck und eine Kunstbeilage. Außerdem erscheinen in täglich wechselnder Folge die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Die Welt der Frau", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern".

Donnerstag, 20. Januar 1921

Bezugspreis vierteljährlich Mk. 36.—. Bestellung bei allen Postanstalten. Täglich einmalige Zustellung unter Kreuzband innerhalb Deutschlands vierteljährlich Mk. 60.—; ins Ausland Mk. 100.—. Einzelpreis für die Morgenausgabe 30 Pfg., für die Abendausgabe 20 Pfg. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1.50, für die 67 mm breite Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nollendorf 2950—54. Schriftleitung Nollendorf 4283—88.

Nr. 32

Die Entschädigungsfrage

Die Tatsache, daß Deutschland sich bereit erklärt hat, die Anregungen des französischen Delegierten Seydoux auf der Brüsseler Konferenz zur Grundlage weiterer Besprechungen zu machen, die voraussichtlich nicht in Brüssel, sondern in Paris fortgesetzt werden, ist von französischer Seite, wie zum Beispiel vom „Temps", vielfach nicht ganz richtig aufgefaßt worden. Noch wie vor muß das deutsche Volk daran festhalten, den Gesamtbetrag seiner Schuld sobald wie möglich zu kennen. Andererseits lag es Deutschland daran, in einem Augenblick, wo sich trotz der nationalistischen Neigungen der neuen Regierung aus gewissen Kreisen eine entgegenkommendere Stimmung bemerkbar machen ließ, zu zeigen, daß es den guten Willen hat, seinen Verpflichtungen im Rahmen des Möglichen nachzukommen. Von französischer Seite wurde nämlich Deutschland kündig vorgehalten, es mache keinerlei sachverständige Vorschläge und strebe danach, sich der Zahlungspflicht überhaupt zu entziehen. Daß man sich dazu entschlossen hat, die Seydouxschen Anregungen in Erwägung zu ziehen, bedeutet ein großes Entgegenkommen gegenüber Frankreich. Denn, wie gesagt, das Interesse der deutschen Volkswirtschaft verlangt an sich gebieterisch Klarheit über den Umfang der gesamten Entschädigung. Für die neue französische Regierung ist es andererseits sehr wichtig, mit einem Erfolg in dieser Frage vor die Kammer und die Oeffentlichkeit treten zu können. Andererseits hat sie, wenn die Summe nun sofort genannt werden muß, um so mehr Zeit, das Volk in Frankreich vorzubereiten, daß phantastische Zahlen von Deutschland in seiner gegenwärtigen verzweifelten Lage nicht zu erreichen sind, so daß nicht die Höhe der unpeßlich erlittenen französischen Schäden, sondern die Leistungsfähigkeit Deutschlands den bestimmenden Faktor bilden muß, eine logische Feststellung, der sich Raymond Poincaré in der „Revue des deux Mondes" vom 15. Januar vorgeblich zu entziehen sucht. Daß es Frankreich auch auf dem Grunde angenehmer sein mag, den Seydouxschen Plan der Jahreszahlungen in den Vordergrund zu schieben, weil die Verzichten für eine Abschätzung der französischen Kriegsschäden noch durchaus im argen liegen, sei nur nebenher erwähnt.

Die Stellungnahme der deutschen Regierung darf nun nicht etwa dahin aufgefaßt werden, daß sich Deutschland mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, durch Jahreszahlungen auf eine unbekannte Gesamtschuld Frankreich die Möglichkeit einer dauernden Beschlagnahme der deutschen Wirtschaft zu geben. Es lag den Deutschen daran, daß die Besprechungen vorwärtskommen, aber von einer unbedingten Bereitschaft der Einigung über die Höhe der deutschen Entschädigung kann nicht die Rede sein. Noch wie vor hält Deutschland an diesem Punkte fest, und es darf auch nie vergessen werden, daß nach deutscher Auffassung eine Verhandlung nur auf dem Wege internationaler Verhandlungen zustande kommen kann, und daß vor ein Diktat des Wiederherstellungsausschusses oder des Obersten Rats die Entscheidung unmöglich herbeiführen darf. Auch bedeutet die Haltung der deutschen Regierung zu dem Seydouxschen Projekt nur, daß diese die Basis für weitere Erörterungen abgeben kann, nicht aber eine Zustimmung zu Einzelheiten des Vorschlags, namentlich nicht die Anerkennung der unteren Kraftzeiten inklusiven Jahressumme von drei Milliarden Goldmark neben Sachleistungen im Werte von fünf Milliarden Mark. Die irgendwelche Details überhaupt in Erwägung gezogen werden können, muß man in Paris deutlich verstehen, daß die Möglichkeit zur Jahreszahlungen, überhaupt von Leistungen Deutschlands nur dann in Betracht kommt, wenn die von Staatssekretär Bergmann in Brüssel vorgebrachten fünf Punkte berücksichtigt werden: Uebertragung der deutsch bleiben; das deutsche Eigentum im Auslande ist freigegeben; die Kosten für die Besatzungsbehörde sind zu vermindern; der deutsche Handel darf nicht eingeschränkt werden und Deutschland muß Schiffsraum zur Verfügung gestellt werden.

Diese neben der Bereitwilligkeit, so schnell wie möglich zu der Festsetzung eines Schuldbetrages zu gelangen, wesentlichen Bedingungen für das deutsche Einlenken sind in der französischen Presse bisher nicht hervorgehoben worden, und das Mißtrauen der Entente bei der Vorbereitung der Abstimmung in Oberschlesien ist gerade kein Zeichen der Abkehr von der bisherigen einseitigen Begünstigung der Polen.

Der „Temps" wendet sich im Interesse des französischen Gläubigers eine Beteiligung Frankreichs am wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands. Die Tatsache, daß Frankreich daran gelegen sein muß, seinen Schuldner arbeitsfähig zu erhalten und ihm Gelegenheit zur Entwicklung zu gewähren, ist hier wieder zum Ausdruck gekommen. Nur darf die Teilnahme Frankreichs nicht so aussehen, wie sie der neue Minister Loucheur dargestellt hat, der mit bitteren Worten die Lähmung der Verwaltung Deutschlands tadelt. Seine Gedanken, durch eine Erhöhung der schon unerschwinglichen Transportpreisen das Defizit der Reichsbahn zu beseitigen und die Lieferungen an Kohlen noch mehr anzuspannen, lassen, wenn das „Journal" die Aufgaben Loucheurs richtig wiedergegeben hat, die Deutung zu, daß der französische Großindustrielle entweder über die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft herzlich schlecht Bescheid weiß oder daß er seine Absicht ist, dem französischen Einfluß zu einer dauernden Herrschaft über Deutschland zu verhelfen, Deutschlands Transporte zu verteuern und seine Industrie durch Entziehung der Kohlen lahmzulegen.

Alles hängt von dem künftigen Auftreten der französischen Regierung ab. Lloyd George soll, wie der Londoner Berichterstatter unseres Blattes heute melden, Briand die Absicht einer deutschfeindlichen Politik zugeschrieben. Andererseits enthält Zeitungsmeldungen zufolge das Programm des neuen französischen Ministerpräsidenten die Erklärung, daß Frankreich die Regelung der Schadensersatzfrage unter Anerkennung von Gewaltmaßregeln erreichen zu können hoffe. Trotzdem sich diese Auffassung Bahn und bekannt sich Frankreich nicht zu den Ansichten Loucheurs, den freilich Briand persönlich ins Kabinett gerufen hat, so ist anzunehmen, daß man mit der Schaffung gefundener Verhältnisse in Europa vorwärtskommt, was durchaus im Sinne des deutschen Volkes liegt. Es ist an Briand, die weitere Richtung zu bestimmen. Er muß mit den Hinter Mann stehenden Zeifen des französischen Volkes die Verantwortung für die künftige Gestaltung der Dinge auf sich nehmen, und die Verbündeten, namentlich England und Frankreich, werden sich darüber einig werden müssen, wie weit sie eine aufgespeichten imperialistische französische Politik werden mitmachen dürfen.

Die bedeutenden Konsistenzen Briands gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris lassen hoffen, daß beim französischen Ministerpräsidenten der Wunsch nach einer Verständigung besteht. G. G. M.

Erklärung des Botschafters Dr. Mayer.

Am 18. d. M. abends hat, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris, Dr. Mayer, aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die Frage der Reparation besprochen.

Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, Deutschland habe bisher immer daran festgehalten, daß seine gesamte Schuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könnte. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei das infolgedessen nicht ausreichend, daß deutsche Volk dann immer noch kein Ende absehen und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe sich die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden seien, bereit erklärt über eine Lösung des Problems zunächst nur für eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter konnte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen, mehr als einen Teil der von und verlangten Summe und anders als in Natura zu leisten.

Ministerpräsident Briand hat daraufhin seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Briands Regierungserklärung.

Eigene Drahtmeldung.

Paris, 20. Januar. (D. A.)

Briand wird heute der Kammer und Sonnabend dem Senat folgende Regierungserklärung abgeben:

Er wird zunächst erklären, daß die Regierung beschäftige, sich auf die große republikanische Mehrheit zu stützen und den konstitutionellen Gesetzen treugeblieben. Sie sei fest entschlossen, die Laiengesetze respektieren zu lassen. Das Parlament wird aufgefordert, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um der Arbeiterklasse gegenüber eine Politik des Zutrauens und des Zusammenarbeitens innerhalb des Rahmens der gesetzlichen Ordnung zu führen und die Gesetze zu verwirklichen, die von vorigen Kabinett eingewacht worden sind. Hierzu wird besonders die Gesetz über die Reorganisierung der militärischen Dienstzeit erwähnt.

Die Erklärung geht dann auf die finanzielle Frage über, die von der Schadenersatzfrage beherrscht wird, und stellt fest, daß die Regierung an der Durchführung des Friedensvertrages festhalte, ohne jedoch Zuflucht zu Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu nehmen, wenn Deutschland seinerseits bereit sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das weitere Regierungsprogramm enthält dann die Behauptung der Rheinsicherheit, die Bündnisse hochzuhalten, die auf den Schlachtfeldern geschlossen wurden, und geht auf diese Bündnispolitik ein.

Bezüglich der Ruhrenpolitik nach dem Osten Frankreichs hin wird besonders bemerkt, daß Frankreich an den englischen und Reparationsbeschlüsse festhalte. Rußland gegenüber wird die Regierung die Freiheit, Handel zu treiben, beschränken, sie wird aber die Sowjetregierung nicht anerkennen, bevor diese nicht Sicherheiten für das Respektieren der freien Meinung und des freien Verkehrs im Hafte und für die Anerkennung der internationalen Verpflichtungen der früheren Regierung übernimmt.

Die Jahresausgaben des Völkerbundes.

London, 26. Januar. (D. A.) Nach einer Mitteilung der „Times" sind die Jahresausgaben des Völkerbundes auf 1 000 000 Pfund Sterling festgesetzt worden.

Tages-Spiegel.

Der deutsche Botschafter in Paris erklärte, daß die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen bereit sei, über Zahlungen zunächst nur für eine Reihe von Jahren zu verhandeln.

Zur Deckung der Beamtenzulagen ist eine Anzahl neuer Steuern, sowie eine Erhöhung bestehender Steuern, so z. B. der Börsensteuer, in Aussicht genommen.

Die sozialistische Mehrheit des sächsischen Landtages hat eine neue Amnestie beschlossen.

Zum Nachfolger Legiens im Vorsitz des deutschen Gewerkschaftsbundes wurde der frühere Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes Leipart gewählt.

Vor dem Schwurgericht Berlin-Moabit begannen heute morgen die Verhandlungen gegen die unter dem Namen „Einbrecherkönige" berüchtigten Brüder Strauß.

Telegrammwechsel Briand-Lloyd George.

Drahtmeldung.

Genf, 20. Januar. (T. U.)

In seinem Begrüßungstelegramm an Lloyd George erinnert der neue französische Ministerpräsident Briand an das Zusammenarbeiten während des Krieges. Briand gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß er nun von neuem mit Lloyd George an der Erhaltung der guten Beziehungen zwischen England und Frankreich zusammenarbeiten könne. Er schließt mit den Worten: „Mein höchster Wunsch besteht darin, diese Beziehungen mit jedem Tage enger werden zu lassen, und Sie dürfen versichert sein, daß ich meine ganze Kraft dafür einsetzen werde."

Lloyd George antwortete darauf, daß er sich mit Befriedigung der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Briand während kritischer Augenblicke erinnere und daß er auf die Fortdauer dieses Zustandes der Einigkeit bei den bevorstehenden Unterscheidungen vertraue; „Entscheidungen, die wir nicht nur für die beiden großen von uns vertretenen Länder zu treffen haben, sondern von denen auch im ausgedehntesten Maße das Schicksal von ganz Europa abhängt."

Lloyd Georges Stellungnahme.

London, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) An maßgebender Stelle wird mit Bestimmtheit erklärt, Lloyd George habe erfahren, daß Briand beabsichtige, einer scharfen deutschfeindlichen Politik das Wort zu reden. Lloyd George ist nach wie vor abgeneigt, den Forderungen der französischen Revanchepartei in Bezug auf das Ruhrbecken nachzugeben. Das Organ der Koalition, die „Pall Mall Gazette" schreibt über diese Fragen:

„Der Premierminister wird Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Franzosen sind im stillen davon überzeugt, daß die Wiederherstellungskommission ihr Ziel nicht erreichen werde, da Deutschland einen ebenso großen wie sorgfältig vorbereiteten Betrug plane. In der Entwaffnungsfrage nimmt die britische Regierung eine andere Haltung ein als die französische. Briand soll nun entschlossen sein, in den deutschen Fragen mit größerer Entschiedenheit aufzutreten als irgend ein französischer Ministerpräsident vor ihm."

„Durchdringung mit französischem Geiste."

A. Genf, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Petit Parisien" verbreitet in sensationeller Aufmachung abermals die Behauptung, daß Deutschland den französischen Handel im besetzten Gebiet in unerschwinglicher Weise erschwere. In Wiesbaden und in anderen Städten des besetzten Gebietes seien infolgedessen zahlreiche Geschäftshäuser geschlossen worden. Der französischen Sache erwachse dadurch großer Schaden, weil diese Geschäftshäuse die besten Agenten für die Durchdringung des Landes mit französischem Geiste seien. Als einziges wirksames Mittel dagegen verlangt das Blatt, daß unter Anwendung des Artikels 270 des Versailler Vertrages die französische Zollgrenze an den Rhein verlegt würde.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Nach Erledigung der Interpellationen, betr. die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und betr. die Beziehungen zu Sowjet-Rußland, wird der Reichstag die zweite Lesung des Haushalts fortsetzen, und zwar demnächst mit dem Justizetat. Es ist damit zu rechnen, daß der Justizetat in einem Tage erledigt wird. Dann wird der Haushalt des Reichswehrministeriums folgen, der mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte. Sodann wird die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern folgen. Die Parteien sind übereingekommen, daß in der allgemeinen Aussprache von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll. Auch ist eine Beschränkung der Redezeit in Aussicht genommen. Zwischen die Beratung des Haushalts sollen Besprechungen einzelner Interpellationen eingeschoben werden, so die Interpellation, betr. die Verhältnisse in Oberschlesien.

Der Ertrag des Reichsnotopfers.

Eine hiesige Nachrichtenstelle behauptet, daß angesichts der Abänderungsbeschlüsse des Reichstags die früheren Ertragsschätzungen des Reichsnotopfers nicht aufrechterhalten werden könnten. Eine öffentmäßige Feststellung des Ergebnisses sei zurzeit mangels statistischer Nachweisungen noch nicht möglich, aber schon heute werde man sich darüber klar sein müssen, daß das Einnahmeergebnis den unter wesentlich anderen Voraussetzungen berechneten Ertragsanschlag bei weitem nicht erreichen werde.

Diese Nachricht entbehrt, wie wir hören, jeder Grundlage. Durch das Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers ist das ursprüngliche Gesetz materiell nicht geändert worden; es ist daher unsinnig, zu behaupten, daß die Abänderungsbeschlüsse des Reichstages die Erträge unzulässig beeinflußt hätten. In unterrichteten Kreisen glaubt man im Gegenteil, daß das wirkliche Ergebnis vielleicht sogar die vorsichtigen Schätzungen um etwas übersteigen werde. Das gleiche gilt auch bezüglich der übrigen Vermögenssteuern und auch der Reichseinkommensteuer.

Keine Entscheidung über Kopp.

Dem Berliner kommunistischen Blatt zufolge ist die von Berliner Zeitungen verbreitete Meldung von einer Abberufung des Sowjetvertreters Kopp nicht richtig. Kopp soll vielmehr nur den Auftrag erhalten haben, sich zur Berichterstattung nach Moskau zu begeben. Soweit mir unterrichtet sind, ist die Frage der Abberufung Kopps tatsächlich noch in der Schwebe.

Die Verteilung der deutschen Schiffe.

Paris, 20. Januar. (Havas.) Bis zum 31. Dezember sind der Reparationskommission von Deutschland insgesamt gestellt worden: 2 054 799 Brutto-Register-Tonnen Schiffe, davon 2 019 655 Tonnen Dampfer, 9750 Tonnen Schlepper und 25 389 Tonnen Segler. Deutschland hat noch etwa 500 000 Tonnen Schiffsraum zu liefern. Von dem abgelieferten Schiffsraum sind bisher 1 814 173 Tonnen folgendermaßen verteilt worden: an England 1 477 900, an Frankreich 166 924, an Italien 124 901, an Japan 28 878 und an Belgien 15 881 Tonnen. Der Dampfer „Tirpitz" mit 20 000 Tonnen ist eben fertiggestellt und wird im Laufe des Januar abgeliefert.

Zurück zum Beschluß von Hythe.

Eigene Drahtmeldung.

A. Genf, 19. Januar.

Der „Temps" betrachtet den Stand der Wiederherstellungsfrage, wie sie sich nach dem Eintreffen der deutschen Antwort auf die französischen Vorschläge darstellt, wie folgt:

Frankreich hätte mit diesen Vorschlägen einen aufrichtigen Versuch unternommen, um zu verweisen, daß diese Fragen eine Waffe für die rektionären Parteien würden, und um die Interessen der beiden Länder miteinander in Einklang zu bringen. Da jedoch Deutschland auf diese Vorschläge nicht eingehen wolle, sei es notwendig, daß die alliierten Regierungen sich untereinander verständigen. Denn es sei natürlich nicht wünschenswert, daß die deutschen Delegierten mit den Franzosen über das System der fünf Jahresleistungen und getrennt davon mit den Engländern und Belgern über das Forfaitsystem verhandeln.

Im Anschluß an diese Bemerkungen gibt dann das offiziöse Blatt zu verstehen, daß Frankreich bei den bevorstehenden Verhandlungen der interalliierten Ministerpräsidenten auf die Beschlüsse der Konferenz von Hythe vom 15. Mai vorigen Jahres zurückkommen wünsche.

Die wichtigsten Bestimmungen, die darauf festgesetzt wurden, waren folgende: Deutschland trägt die Kosten für die militärische Besetzung. Deutschland zahlt eine Gesamtsumme, die mindestens 100 Milliarden Goldmark beträgt und die in 35 Jahren mit einer jährlichen Rate von 3 Milliarden bezahlt werden muß. Diese Zahlung wird durch die Ausgabe von Bonds garantiert. Weiterhin leistet Deutschland eine jährliche Zahlung, die von dem Aufschwung seines wirtschaftlichen Lebens abhängt und die von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt wird. Endlich muß Deutschland Anleihen ausgeben, mit denen der auf Frankreich entfallende Teil sofort getilgt werden kann. Der „Temps" setzt hinzu: Verzichtung dem englischen Ministerpräsidenten ins Gedächtnis zurück, indem er betont, daß diese Vorschläge, die allerdings niemals offiziell veröffentlicht wurden, auf der Konferenz von Hythe von Lloyd George selbst vorgetragen wurden.

Im Gegensatz hierzu verteidigt Pertinax im „Echo de Paris" weiterhin das Forfaitsystem, indem er besonders den Einwurf zurückweist, daß dieses System die Gefahr von Konflikten in sich berge. Das Gegenteil sei richtig. Die Bestimmungen des Schiedsspruchs seien der einzige Weg, um in Zukunft Konflikte auszuschalten. Je mehr sich Deutschland erhole, desto schwieriger werde es sein, ihm seine Unterschrift zu entreißen und die Hilfe der Alliierten zu erlangen. Deshalb sei es notwendig, daß die beabsichtigten Zahlungen schon jetzt festgestellt werden. Nur dann werde man in Brüssel in nützlicher Weise mit Herrn Bergmann und sogar mit Herrn Stinnes unterhandeln können.

Oesterreichs Vertreter beim Völkerbund.

Genf, 20. Januar. (W. T. B.) Der österreichische Minister des Aeußern hat dem Sekretariat des Völkerbundes in Genf mitgeteilt, daß die österreichische Regierung Legationsrat Emmerich Pfluel als Vertreter Oesterreichs beim Völkerbundssekretariat bestimmt hat.

Reichsgründungsfeier in Riga.

Riga, 20. Januar. (D. A.) Die Fünfzigjahrfeier des Deutschen Reichs gestaltete sich hier zu einer ersten eindrucksvollen Kundgebung der neuen deutschen Kolonie nach dem Kriege. Es fand beim deutschen Gesandten von Weber großer Empfang statt, bei dem sich die Spitzen der Reichsbehörden und baltischen Gesellschaft vorstellten. Von der lettischen Regierung war als Stellvertreter des Präsidenten Ulmanis der Außenminister Albats und der Vorsitzende der Konstituante Tschakste erschienen.

Verordnung 64 der Rheinlandkommission.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die Rheinlandkommission eine Verordnung 64 erlassen, in der unter dem Vorwand einer gegebenenfalls notwendigen Verhängung des Belagerungszustandes eine Bestandsaufnahme sämtlicher Transportmittel (Pferde, Wagen, Automobile, Fahrräder und Motorräder usw.) verlangt wird, die sich auch auf alle Vorräte dieser Art, die für militärische Zwecke geeignet sind, auf Fabriken, einerlei, ob sie öffentliche oder private Unternehmen sind, ausdehnt. Die Aufnahme der Bestände wird den deutschen Zivilbehörden zur Pflicht gemacht, und es werden nochmals die scharfen Strafbestimmungen angedroht, wenn sich einzelne Personen diesen Anordnungen widersetzen. Außerdem aber spricht die Verordnung den Militärbehörden das Recht zu, diese Aufnahmearbeiten zu übernehmen.

Die Verordnung geht aber noch weiter. Sie verlangt, daß die deutschen Behörden die Aufnahmen nach den von den militärischen Beschlußhabern der einzelnen Zonen vorgeschriebenen Mustern ausführen müssen, und bestimmt, daß die deutschen Behörden soviel Beschlußaufnahmen leisten müssen, als die militärischen Stellen zwei Monate nach Anordnung der Aufnahme verlangen. Außerdem unterliegt die Aufnahme einer jährlichen Nachprüfung durch die Interalliierte Rheinlandkommission.

Diese Verordnung geht weit über das hinaus, was die Interalliierte Rheinlandkommission sowohl auf Grund des Rheinlandabkommens als auch auf Grund des Friedensvertrages verlangen kann. Es ist außer Zweifel, daß solche weitgehenden Forderungen, die zweifellos eine völlige Ausspionierung der deutschen Industrie und eine schwere Schädigung von Handel und Gewerbe nach sich ziehen können, keineswegs durch einen Hinweis auf eine vielleicht notwendig werdende Verhängung des Belagerungszustandes gestellt werden können.

Wie wir erfahren, hat der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete gegen die Verordnung selbst schärfsten Protest erhoben. In gleicher Weise nahm der parlamentarische Beirat für das besetzte Gebiet in seiner am 18. Januar in Koblenz stattgefundenen Tagung Stellung gegen die in der Verordnung 64 gestellten Forderungen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die betreffende Verordnung eine nicht geringe Erregung in der gesamten Bevölkerung der Rheinlande hervorgerufen habe, und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Rheinlandkommission noch rechtzeitig zur Besinnung kommen möge.

Es scheint aber, als ob die Forderungen dieser Verordnung 64 im engsten Zusammenhang mit den in der letzten Zeit eifrig betriebenen Mobilmachungsplänen der französischen Heeresleitung stehen. Es besteht kein Zweifel mehr, daß solche Pläne ausgearbeitet werden, und die Brückenpreußen gegenüber dem Rhein, die Ausbildung der französischen Eisenbahner auf den rheinischen Strecken bilden ein allzu deutliches Glied in dieser Kette, deren Schlußglied nun die Mobilmachungsvorbereitung der für militärische Zwecke dienstbaren deutschen Industrie in den besetzten Gebieten bilden soll.

Die Verordnung 64 widerspricht aber nicht nur dem Rheinlandabkommen und den Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles, sie legt es auf eine Verwendung deutscher Fabrikbetriebe für strategische Zwecke, die nur gegen das eigene Vaterland gerichtet sein können. Die Verordnung widerspricht daher den einfachsten Grundsätzen des Haager Abkommens über die Kriegsgebräuche, denn sie sieht vor, daß deutsche Fabriken und Werkstätten im deutschen Arbeiten Kriegsmaterial gegen das eigene Vaterland herstellen.

Mahnung an die Oberschlesier!

Die Eintragung der heimatreuen Oberschlesier in die Wählerliste außerhalb Ostens gestaltet sich in verschiedenen Teilen des Reiches noch unzureichend.

Die Bekanntmachung der polnischen Aufmarschsäume im Anschluß an die der Entente überreichte Note und die Meldung über Unruhen in Oberschlesien hat manchen heimatreuen Oberschlesier in der Absicht, sein Abstimmungsrecht auszuüben, schwankend gemacht. Auch wenn die Hoffnung, daß ernstere Unruhen und politische Beunruhigende vermieden werden können, nicht in Erfüllung gehen, und neuerliche Gewaltmaßnahmen gegen den Deutschtum zum Abstimmungstage zu fürchten gewesen sollte, so müssen jedenfalls die Eintragungen in die Listen innerhalb der gesetzten Frist bewirkt werden, da andernfalls eine Ausübung des Abstimmungsrechtes überhaupt ausgeschlossen ist.

Die Frist für die Eintragung ist nur sehr kurz, sie läuft bekanntlich nur vom 14. Januar bis zum 3. Februar. Deshalb sei an heimatreue Oberschlesier eine nochmalige bringende Mahnung gerichtet, sofort ihre Eintragung in die Listen bewirken zu wollen, damit diese Stimmen der deutschen Sache nicht schon jetzt verloren gehen und die Möglichkeit für sie offen bleibt, am Abstimmungstage ihre Stimme in die Wagschale zu werfen.

Beamtenstreik in Madrid.

Madrid, 18. Januar. (W. T. B.) Der Streik der Beamten im Finanzministerium ist allgemein. Er hat sich auch auf die anderen Ministerien ausgedehnt. Der Ministerrat sieht die Lage als ernst an. Daß ist entschlossen, energisch vorzugehen und die Disziplin wieder herzustellen. Es ist zu befürchten, daß der Streik politische Gründe haben kann.